

Zwischen „Wohlfahrtshimmelstürl

Bernd Marin, Sozialexperte, fordert im „Presse“-Interview höhere „Abschläge“ für Frühpensionisten und rasch weitere Reformmaßnahmen.

VON MICHAEL FLEISCHACKER

„DIE PRESSE“: Die Pensionsdiskussion der vergangenen Tage zeigt: Man ist einig, daß das tatsächliche Pensionsantrittsalter an das gesetzliche angeglichen wird. Die Frage ist, ob man das, wie SP-Pensionistenchef Blecha meint, durch Beschäftigungsprogramme für Ältere erreicht oder durch höhere Abschläge, wie sie VP-Seniorchef Knafl verlangt.

Bernd Marin: Die Alternative ist selbst falsch: Man wird beides tun müssen, es geht eines ohne das andere nicht. Nehmen wir an, man würde mit großem Kostenaufwand erfolgreiche Beschäftigungsprogramme umsetzen: Dann müßten als Ergänzung umso eher versicherungsmathematische Abschläge für die eingeführt werden, die weiter und freiwillig in Frühpension gehen. Der deutsche Bundeskanzler Schröder hat gesagt, es gebe kein „Recht auf Faulheit“. Wir Wirtschaftswissenschaftler sprechen nobler und ohne moralische Wertung von „Präferenz für Freizeit“. Die ist völlig legitim, aber nur auf eigene Kosten möglich. Unhaltbar ist der pauschale Alimentationsanspruch an öffentliche Kassen. Wir dürfen eben die zwangsweise, unfreiwillige Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt der letzten Jahrzehnte oder Behinderung durch Krankheit nicht mit freiwilliger vorzeitiger Inanspruchnahme von Altersfreizeit im Erwerbsalter verwechseln. Bei Wiedererreichen der Vollbeschäftigung wird es bald nur noch Letzteres geben.

Die Verwechslung besteht darin, daß man die Frühpension für eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme hält.

Marin: Genau. Grundvoraussetzung jeder Reform ist, daß wir die Zweckentfremdung des Pensionssystems durch die Arbeitsmarktpolitik abstellen. Das ist gut gemeint aber katastrophal in den Folgen. Wahr ist hingegen: Krankheit ist Krankheit

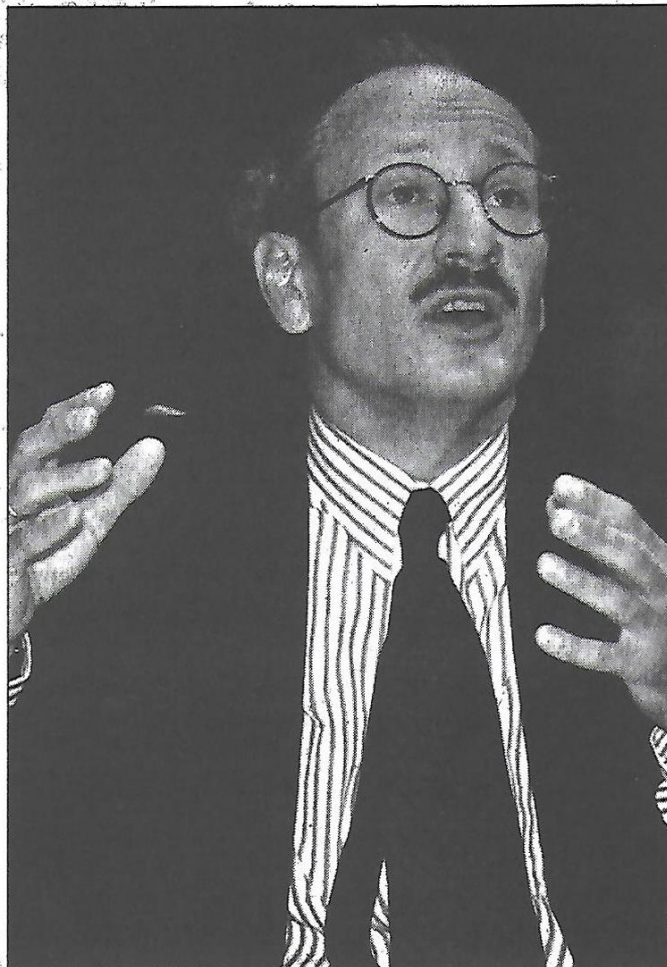
und gehört also ins Krankenversicherungssystem; Arbeitslosigkeit ist Arbeitslosigkeit und wird durch die Arbeitslosenversicherung abgedeckt. Wenn man Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität endlich herausnimmt, bleiben definitionsgemäß nur mehr freiwillige Pensionsentscheidungen übrig. Und die müssen mit aktuarisch neutralen Zu- und Abschlägen einhergehen. Das Gerede von Abschlägen als „Bestrafung“ unfreiwillig Arbeitsloser ist Unsinn oder reine Polemik: Abschläge sollten nur der Eigenbeitrag derjenigen sein, die ihrer berechtigten Vorliebe für Freizeit nachgehen.

Bei den Abschlägen hat die derzeitige Regierung immerhin eine zarte Anhebung durchgesetzt.

Marin: Ja, man hat den Malus auf drei Prozent und den Bonus auf vier Prozent erhöht, aber das kann nicht funktionieren. Nicht ein einziger Österreicher wird deswegen später in Pension gehen: Einerseits bekäme, wer länger arbeitet, höchstens die Hälfte dessen, was er der Solidargemeinschaft erspart, heraus, das Meiste behielte sich der Staat völlig ungerechtfertigt ein. Andererseits machen die Abschläge für die fast 90 Prozent Frühpensionen nur den kleineren Teil der wirklichen Kosten aus, meine Frühpension wird mir also immer noch überwiegend von allen Erwerbstätigen spendiert: Unbegreiflich, wer das ausschlägt. Überdies macht der Malus als Folge der Erhöhung der Steigerungsbeträge seit dem Jahr 2000 – hier hat unbemerkt die größte Pensionserhöhung in der Geschichte der Nachkriegszeit stattgefunden – de facto nur ein bis zwei Prozent aus und ist überdies viel zu niedrig gedeckelt.

Wie konnte unbemerkt die größte Pensionserhöhung der Nachkriegszeit über die Bühne gehen?

Marin: Die neue Regierung hat sich, verständlicherweise, bei Amtsantritt einfach nicht getraut, den größten Fehler der alten Regierung aus der Pensionsreform 1997 ein Monat nach Inkrafttreten wieder rückgängig zu machen. Die Erhöhung der Steigerungsbeträge wäre eine „Abfederung“ neuer „Härten“ wie Lebens-



„Schlagobers-Regelung“: Bernd Marin kritisiert den von der Koalition eingeführten Vorruhestand für Beamte. Photo: Hofmeister

durchrechnung und versicherungsmathematischer Abschläge, die gar nicht gekommen sind.

Die derzeitige Regierung hat in dieser Frage natürlich auch ein gewisses Glaubwürdigkeitsproblem.

Marin: Tatsächlich. Wenn der Bundeskanzler – zu Recht – sagt, wir müssen bis 65 arbeiten, aber die Regierung im gleichen Jahr für Spitzenbeamte Mitte fünfzig keine Verwendung hat, und sie dann noch per Schlagobers-Regelung vorzeitig in den Ruhestand schickt, während die vielzitierten „Hackler“ abkassiert werden, dann untergräbt das jede Glaubwürdigkeit. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß es hier kurzfristig um Kosteneinsparung geht: Das ist ein schlechter Stil, weil es uns alle demoralisiert. Schlechte Bei-

„und „Volkspensionshöhle“

spiele verderben einfach die Sitten; das sind – übrigens seit Jahrzehnten – die wahren Kosten inkonsequenter Politik.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Prognosen, die etwa Bernd Rürup in der Pensionsreform 1997 zugrunde gelegt hat, „katastrophal falsch“ gewesen seien. Jüngere Prognosen, heißt es, würden zeigen, daß von einer „Unfinanzierbarkeit des Systems“ keine Rede sein kann.

Marin: Jeder weiß, daß die Bevölkerungsprognosen der STATA und die darauf basierenden Berechnungen des WIFO sich leicht geändert haben. Selbstverständlich müssen Daten ständig aktualisiert werden, doch das ändert an der Grundtendenz fast überhaupt nichts. Die Last ist ein klein we-

nig leichter geworden, und durch Gnade verspäteter Alterung gegenüber anderen Ländern haben wir ein bißchen mehr Atempause, mehr nicht. Das ändert nichts daran, daß sich das Verhältnis von Leistungsempfängern zu Beitragszahlern demographisch dramatisch verschiebt, wenn wir keine ebenso deutliche Steigerung der Erwerbsquote zustande bringen.

Brauchen wir ein Mehrsäulen-Modell?

Marin: Ja, aber das ist eine sekundäre Frage. Was heißt denn Mehrsäulen-Modell? Das, was anderswo, etwa in der Schweiz oder in England zwei Säulen sind, ist bei uns in der ersten abgedeckt, also Grundversicherung bzw. Armutsversorgung (bei uns die Ausgleichszulagen) und dazu beitragsorientierte Komponenten. Entscheidend ist, ob das nachhaltig finanzierbar ist.

Und ist es das?

Marin: Je nachdem, ob es beitrags- oder wie es leistungsdefiniert ist. Unser großes Problem ist natürlich unser auszahlungsdefiniertes System mit politischer Hochstapelei, nämlich viel höheren Pensionszusagen, als wir durch Beiträge decken können. Diese Zusagen sind 15 bis 25 Prozent (vereinzelt 50 Prozent) zu hoch. Dagegen ist natürlich die neue Mitarbeitervorsorgekassa als beitragsdefiniertes System eine sehr heilsame, ernüchternde Gegenübung.

Es ist ja kein Zufall, daß die Pensionistenvertreter von ÖVP und SPÖ dafür eintreten, daß die nachfolgenden Generationen länger arbeiten, denn das sichert die Höhe der Pensionen ihrer Schützlinge.

Marin: Ja klar, das ist immer so: Immer genau hinter einem selbst soll das Wohlfahrtshimmelstürzl zufallen, die anderen können dann zu schlechteren Konditionen im Fegefeuer schuften oder in Volkspensionshöhlen schmoren. Aber dieses Überwälzungskarussell von Kosten auf die jeweils nachwachsenden Generationen hat inzwischen Ausmaße angenommen, die für die Jüngeren ziemlich unzutraglich geworden sind.

Angesichts der Erklärung des EU-Gipfels von Barcelona – Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters um fünf Jahre bis 2010 – müßte man aber sofort mit der deutlichen Anhebung der Abschläge auf Frühpensionen beginnen.

Marin: Ja, man müßte sofort nicht nur mit Gesundheitsvorsorge, Weiterbildungsangeboten und Beschäftigungsanreizen und Bonus-Malus für Firmen, sondern auch mit Reformen Richtung Pensionskonto (Lebensdurchrechnung und höheren Abschlägen) beginnen, weil ja nichts sofort wirksam wird. Man sollte es behutsam, sanft, in kleinen Schritten, aber schon jetzt klar machen, wann wir den aktuarisch neutralen Sollzustand erreicht haben werden, etwa 2015. Je schneller man anfängt, umso mehr Zeit kann man sich für den Übergang lassen. Am Ende muß es für jedes Jahr, das einer vor dem gesetzlichen Antrittsalter in Pension geht, rund sechs Prozent Abschlag geben und für jedes Jahr, das länger gearbeitet wird, acht Prozent Zuschlag. Derzeit arbeiten gerade die Fleißigsten mit 45 oder mehr Beitragsjahren bis zu zehn Jahre umsonst und verlieren Zigtausende Euro oder Hunderttausende Schillinge an Pensionsleistungen: Weiterarbeiten zahlt sich häufig nicht nur nicht aus, es wird gezielt „bestraft“. Unser Pensionssystem „bestraft“ also keineswegs Erwerbsunwilligkeit, sondern besondere Arbeitsanstrengung – und niedrige Einkommen.

Ist es mit versicherungsmathematischem Bonus-Malus schon getan?

Marin: Sicher nicht. Man muß das System auch durch Lebensdurchrechnung und Harmonisierung fairer und mißbrauchsfest machen. Die berufsständischen Zerklüftungen haben Ausmaße angenommen, die niemandem mehr erklärbar sind. Wir müssen das sehr rasch harmonisieren, lange vor 2020, wie das die alte Regierung beschlossen hat. Und wir könnten auch das Pensionsalter der Frauen deutlich früher anheben als bis 2033, aber zugleich müssen wir – Zug um Zug – die Eigenpensionen der Frauen praktisch verdoppeln, je früher, desto besser.

Marin für rasche Pensionsreform

Experte plädiert für höhere Abschläge bei vorzeitigem Pensionsantritt.

WIEN(fle). Der Leiter des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bernd Marin, spricht sich im „Presse“-Interview für eine rasche Pensionsreform aus. Zur langfristigen Sicherung des Pensionssystems müßte es für jedes Jahr, das ein Versicherter vor dem gesetzlichen Antrittsalter in Pension geht, sechs Prozent Abschlag geben (derzeit drei). Zugleich müßte für jedes Jahr, das länger gearbeitet wird, ein Zuschlag von acht Prozent gewährt werden (derzeit vier).

Marin spricht sich auch für die baldige Beseitigung berufsständischer Unterschiede und eine raschere Angleichung des Pensionsalters für Frauen und Männer aus.

Seite 8